

Game Over – Nur ein radikales Herunterfahren der Wirtschaft kann die Klimakatastrophe noch abwenden

Ulrich Thielemann
Berlin, 26.6.2021

Das CO2-Budget ist aufgebraucht, die herrschende Politik will es nicht wissen

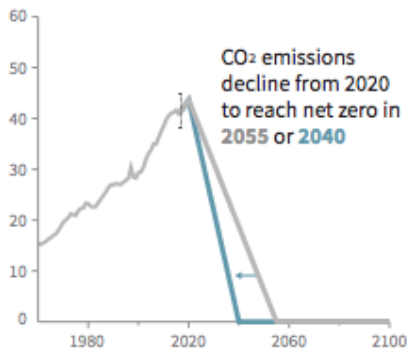
Hinweise auf das uns noch verbleibende CO2-Budget können Politiker regierender Parteien ganz schön in Verlegenheit bringen. Olaf Scholz beispielsweise hält zunächst inne, als er von Moderator Louis Klamroth gefragt wird, wie hoch denn das CO2-Budget sei, mit dem er (als Finanzminister und Vizekanzler) arbeite, um dann, ohne eine direkte Antwort zu geben, von „ambitioniert“ und „klaren Zielen“ zu sprechen (die zu setzen nichts kostet) und auf „die politische Debatte in der Welt“ zu verweisen.

Dass dies eine Art stiller Konsens innerhalb des politischen Establishment ist, zeigt sich beispielsweise auch in der Antwort von Umweltministerin Svenja Schulze auf die Frage des Magazins Kontraste, wieviel Tonnen CO2 Deutschland denn noch verbleiben: „Unter diesen ganzen Tonnen und so kann sich doch keiner was vorstellen.“ Der nachdrückliche Aufruf des von der Bundesregierung selbst eingesetzten Sachverständigenrates für Umweltfragen, die Klimapolitik Deutschlands an einem festzulegenden und gut begründeten CO2-Budget auszurichten, schlägt die Ministerin in den Wind. Ebenso wenig will CDU-Chef und Anwärter auf das Kanzleramt Armin Laschet sich auf ein CO2-Budget für Deutschland festlegen und verweist stattdessen auf in ihren Treibhausgasminderungswirkungen unbekannt „technologische Entwicklungen“ und auf „globale Lösungen“.

Offenbar meint das politische Establishment, die deutsche (Export-)Industrie solle den weniger entwickelten Volkswirtschaften die Emissionsrechte abkaufen. Etwa im Rahmen des EU-Flexibilitätsmechanismus oder global im Rahmen des Clean Development Mechanism. Dafür muss sie nur jemanden finden, der deklariert, die heimischen Urwälder bald abzuholzen, es sei denn, er würde dafür, es nicht zu tun, kompensiert. Das nennen CDU/CSU in ihrem aktuellen Wahlprogramm „internationale Erfolge beim Klimaschutz“, und diese möchten sie „auch in nationalen Klimabilanzen berücksichtigt“ sehen. Zahlen kann dies die deutsche (Export-)Industrie, weil Deutschland seit gut hundert Jahren eine der „führenden Industrienationen“ ist, was nur möglich war durch den Ge- und Verbrauch fossiler Brennstoffe. „Der Gewinn aus Klimazerstörung ermöglicht das Freikaufen von Verantwortung für das Weltklima.“¹ Dies ist an Unfairness schwer zu überbieten.

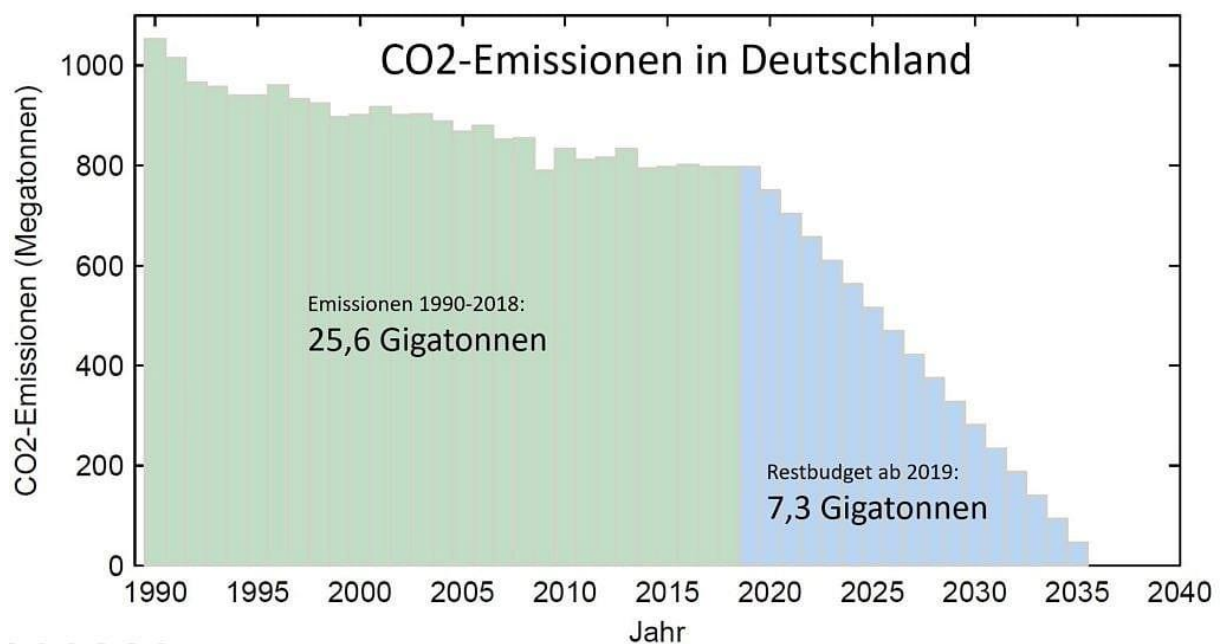
Das CO2-Budget gibt an, wie viel fossile Brennstoffe die Menschheit noch verbrauchen darf, um die Klimakatastrophe vielleicht doch noch abzuwenden. Alle Kurven weisen steil nach unten. Und zwar nachdem diese Kurve bis heute auf globaler Ebene fast genau so steil nach oben gestiegen ist. Hier die Kurve des IPCC für das 1,5 Grad Ziel:

¹ Erik Flügge am 16. Mai 2021 auf Twitter.



Faster immediate CO₂ emission reductions limit cumulative CO₂ emissions shown in panel (c).

Der Klimaforscher Stefan Rahmstorf hat das für Deutschland umgerechnet, wobei die Frage, wer wieviel noch emittieren darf, natürlich „keine Frage der Wissenschaft“ ist – und übrigens auch keine Frage der Effizienz (effizient für wen?) –, „sondern der Gerechtigkeit“.² Auf der großzügig veranschlagten Basis des Anteils Deutschlands an der Weltbevölkerung (statt seiner historischen Schuld) und mit Blick auf das 1,75 Grad-Ziel (die Überschreitung von Kipppunkten wird gegenüber dem 1,5 Grad-Ziel wahrscheinlicher), kommt Rahmstorf auf ein Restbudget von 7,3 Gigatonnen, was bloß einem knappen Drittel derjenigen Menge entspricht, die Deutschland in der Zeit zwischen 1990 und 2018 verbraucht hat. Bei einem linearen Verbrauch der Restmenge wäre in 15 Jahren mit dem Verbrauch von fossilen Brennstoffen Schluss. Dies würde eine jährliche Reduktion des Ausstoßes von Klimagasen erfordern, wie sie die derzeitig immer noch grassierende Corona-Pandemie für das letzte Jahr erzwungen hat, d.h. um etwa 6 Prozent des aktuellen Umfangs. Jedes Jahr, bis zum Jahr 2035. Derweil veranschlag die Internationale Energieagentur dank der „Erholung“ der Weltwirtschaft ein CO₂-Plus für das laufende Jahr (2021) von 5 Prozent. Und China investiert weiter massiv in den Ausbau von Kohlekraftwerken.



² Rahmstorf, Stefan: Wie viel Kohlendioxid bleibt Deutschland noch?, <https://www.spektrum.de/kolumne/wieviel-kohlendioxid-bleibt-deutschland-noch/1636218>.

Ökonomische Instrumente verhindern nötige Vollbremsung

Diese Vollbremsung ist ohne kontrolliertes Herunterfahren der Wirtschaft unerreichbar. Wir müssen die kapitalistische „Megamaschine“ anhalten, wenn doch noch irgendwie verhindert werden soll, dass wir unsere Nachkommen einem „Höllenjahrhundert“³ aussetzen und letztlich die menschliche Zivilisation zerstören. Und zwar sofort.

Die CO₂-Reduktionen von etwa 36 Prozent, die Deutschland gegenüber 1990 gelungen sind, sind nicht nur viel zu zaghaft ausgefallen, sondern verdanken sich zumindest zum Teil den, mit Blick auf die Emissionen, „grauen“ Importen von mit besonders „schmutziger“ Kohle produzierten Gütern vor allem aus China als der „Fabrik der Welt“. Während Europa und Japan seinen Primärenergieverbrauch seit 2010 um 4-6 Prozent gesenkt hat, stieg er in den Schwellenländern um das Sechsfache dieser Reduktion.⁴ Dieser Verbrauch dient nur zum Teil dem eigenen Konsum innerhalb dieser Länder, sondern ermöglicht Konsumsteigerungen im Westen.⁵ Darüber hinaus ist die Senkung der Emissionen der EU von 24 Prozent zu guten Teilen auf klimapolitische „wall fall profits“ zurückzuführen, d.h. auf den Abbau der Schwerindustrie im Besonderen und die Deindustrialisierung Ost- und Mitteleuropas nach der „Wende“ im Allgemeinen.

Die derzeit immer noch geführten Diskussionen um eine „marktwirtschaftlich ausgerichtete Klimapolitik“ (CO₂-Steuern und vor allem den Zertifikathandel), deren Anhänger sich durch die Verwendung des Codewortes „Technologieoffenheit“ zu erkennen geben, hätte vielleicht vor 30 Jahren erfolgen können, zu einer Zeit, als Al Gore sein vielbeachtetes Buch zur Klimakrise veröffentlichte und die UN ihre Klimarahmenkonvention verabschiedete. Nun haben sich aber just in diesen 30 Jahren die Emissionen, die die Menschheit in ihrer Geschichte insgesamt ausgestoßen hat, verdoppelt. Obwohl man doch schon damals sehr genau wusste, was auf uns zukommt. Dazu hätte man nur schon aufmerksam die Tagesschau verfolgen müssen.

Dass der Einsatz „ökonomischer Instrumente“ den Treibhausgasausstoß nicht senken konnte, liegt systematisch daran, dass diese „der Effizienz“ dienen sollen. Es ist zwar nicht ganz klar, was darunter zu verstehen ist, der Begriff steht aber dafür, dass die marktwirtschaftliche Wettbewerbslogik weiterlaufen soll und sicherzustellen ist, dass die Gewinne des zu hofierenden Kapitals weiterhin sprudeln. Darum wird auch der CO₂-Preis bzw. der Umfang der Emissionserlaubnisse („cap“) nicht so gesetzt, dass das Emissionsniveau jedes Jahr um die an sich erforderlichen 6 Prozent gesenkt wird. (Vor 30 Jahren wäre es weniger gewesen.) Die Folge wäre eine Pleitewelle nie gekanntes Ausmaßes. Darum gibt es ja innerhalb des EU-Emissionshandelssystems zahlreiche Ausnahmen, insbesondere für die Exportindustrie, damit diese weiterhin Leistungsbilanzüberschüsse produziert und nicht abwandert („Leakage“), und massenhaft kostenlos verteilte Zertifikate. Dies wäre aber selbst in einer geschlossenen Volkswirtschaft der Fall, was „der Effizienz“ offenbar abträglich wäre, weshalb es unterbleibt. Das sehen Ökosozialisten wie Richard Smith⁶ genau so wie der zuständige Analyst der Deutschen Bank⁷.

³ Wallace-Wells, David: Ausblick auf das Höllenjahrhundert, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2019, S. 47-57.

⁴ Cembalest, Michael: 2021 Annual Energy Paper, S. 2, <https://am.jpmorgan.com/content/dam/jpm-am-aem/global/en/insights/eye-on-the-market/future-shock-amv.pdf>.

⁵ Wiedmann, Thomas O/u.a.: The material footprint of nations, Mai 2015, <https://www.pnas.org/content/112/20/6271>.

⁶ Smith, Richard: An ecosocialist path to limiting global temperature rise to 1.5°C, Real-World Economics Review, Nr. 87, 2019, S. 149-180, hier S. 165 f.

⁷ Heymann, E.: Klimaneutralität: Sind wir bereit für eine ehrliche Debatte?, 11.11.2020, https://www.dbresearch.de/PROD/RPS_DE-PROD/PRODO000000000513784.pdf.

Warum ist das so? Nun, wenn die Wirtschaft jedes Jahr von heute aus gesehen 6 Prozent weniger CO₂ ausstoßen darf und die Wirtschaft auch noch weiterwachsen soll (was übrigens bedeuten würde, dass sich dieses Wachstum „klimaneutral“ bzw. vollständig emissionsfrei vollziehen müsste), dann muss entweder der Ressourcenverbrauch sinken, der energetisch bis dato global zu 85 Prozent durch fossile Energien in Bewegung gesetzt wird, oder die fossilen Brennstoffe müssen durch andere Ressourcen ersetzt werden.

Dienstleistungen allein schaffen keinen Wohlstand

Der erste Fall ist die Dienstleistungsoption. Diese ist zwar an sich sinnlos bzw. Ausdruck von „growthism“ (Wachstum als Selbstzweck), denn das Wachstum muss sich doch durch Konsumwünsche rechtfertigen, und warum sollen nun alle nur noch Leistungen wünschen, die ohne Ressourcenverzehr auskommen. Doch abgesehen davon sind reine Dienstleistungen wertschöpfungsschwach. Und wir reden hier von echten Dienstleistungen. Bei den allermeisten in den Statistiken als „Dienstleistungen“ verbuchten Tätigkeiten handelt es sich um ausgelagerte, jedenfalls für die Güterproduktion notwendige Beschäftigungen (etwa „Transportdienstleistungen“). Nur 10-20 Prozent der in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verbuchten „Dienstleistungen“ dienen unmittelbar dem Endverbrauch; der Rest und damit der weit überwiegende Teil bildet Vorleistungen für die Industrieproduktion.⁸ Und auch Bereiche wie etwa der Tourismus zählen hier nicht, denn dabei handelt es sich im Grunde um einen begleiteten Hochleistungskonsum mit industriell gefertigten Gütern (Flugzeuge, Kreuzfahrtschiffe, Hotels usw.).

Wo bleibt die Digitalisierung? Nun, zum einen beschleunigt bzw. „optimiert“ sie bloß die Güterproduktion und verschärft damit die Klimabelastung. Zum anderen vollzieht sie sich, so sie unmittelbar dem Endverbrauch dient, alles andere als dematerialisiert. So genannte Kryptowährungen (im Kern digital geschaffene Spekulationsobjekte) verbrauchen so viel Strom wie die gesamten Niederlande. Eine Stunde HD-Streaming verbraucht etwa so viel Energie wie ein Kilometer Autofahrt.

Übrig bleiben an sich nur personenbezogene Dienste. Auf diesen beruht aber ganz sicher nicht der tatsächliche Wohlstand, der in den letzten sagen wir 200 Jahren geschaffen wurde. Und zwar nicht nur wegen der „Baumolschen Kostenkrankheit“. Diese betrachtet echte Dienstleistungen in dynamischer Hinsicht und besagt: Wenn Anbieter bloßer Dienstleistungen, dem kapitalistischen Courant normale entsprechend, unter Wettbewerbsdruck geraten, dann können sie ihre Produktivität praktisch nicht steigern, weil die Dirigentin nicht schneller dirigieren, der Lehrer nicht schneller oder mehr Kinder unterrichten soll und der Krankenpfleger ohnehin an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist.

Doch das ist bereits von Anfang an so: Pizza-Kuriere waschen ihre Wäsche selbst; Haushaltshilfen haben ihrerseits keine Haushaltshilfen. Der allgemeine, reale Wohlstand beruht nicht auf personenbezogenen Diensten und nur teilweise auf „Wissen“ bzw. Expertise (sagen wir: Ärzte), sondern auf der Kraft der fossilen Brennstoffe, die einer „Armee von 500 Milliarden Arbeitskräften“ entspricht,⁹ natürlich vermengt mit Arbeit und aus- und eingerichtet durch Ingenieurskunst, also technische Expertise. Darum reimen sich echte Dienstleistungen, jedenfalls ohne eine egalitäre Lohnpolitik, auf „Proletariat“.

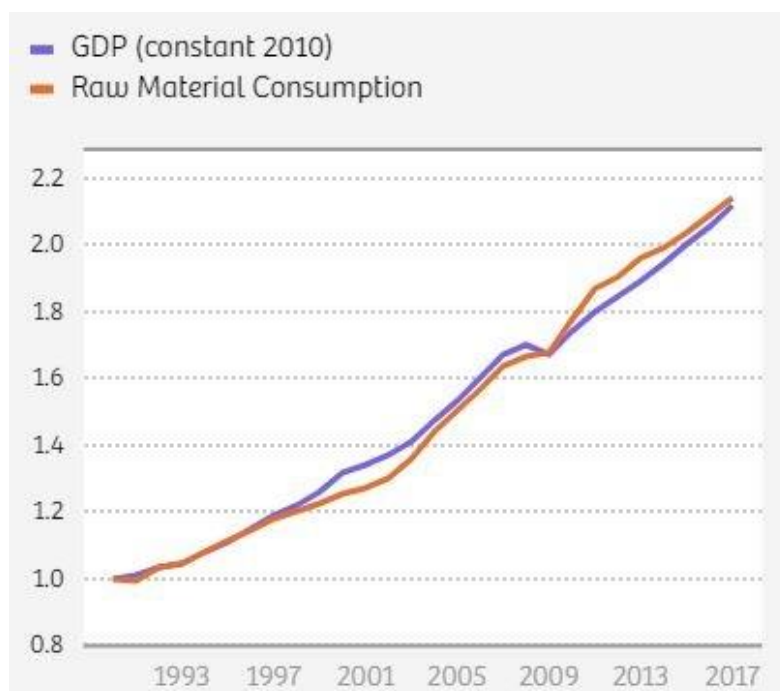
⁸ Henriques, Sofia Teives/Kander, Astrid: The modest environmental relief resulting from the transition to a service economy, in: *Ecological Economics*, 70/2, 2010, S. 271-282, S. 281.

⁹ Hagens, N.J.: Economics for the future, in: *Ecological Economics*, Vol. 169, 2020, S. 4, <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0921800919310067>.

Von den Schwierigkeiten, die fossile Armee zu ersetzen

Bleibe also innerhalb des Wachstumsparadigmas nur die Option der Ersetzung. Natürlich ist der vermehrte Einsatz regenerativer statt fossiler Energien außerordentlich wünschenswert, und zwar wegen der Sicherung eines irgendwie als komfortabel zu bezeichnenden, hoffentlich allgemeinen aber eben auch ökologisch nachhaltigen Niveaus von Wohlstand. Doch abgesehen von der Frage, wie schnell dies zu erreichen sein könnte und welche sozialen „Kollateralschäden“ beim Versuch, die „fossile Armee“ zu ersetzen, dabei in Kauf zu nehmen und wie diese abzufedern wären, sprechen zahlreiche Indizien dafür, dass diese technologische Strategie dem Planeten Erde andere irreparable Schäden zufügen würde.

Das Klima bildet ja nur eine, wenn auch die gravierendste Dimension der planetaren Grenzen, die der Gang der Wirtschaft zu sprengen droht oder bereits gesprengt hat. Das zeigt sich summarisch am stetig steigenden und mit dem BIP gleichlaufenden globalen materiellen Fußabdruck. Mit jedem Dollar BIP wird ein halbes Kilo Biomasse, Sand, Kies, Erdöl oder Metall aus dem Boden geholt bzw. der Natur entnommen (Hagens 2020, S. 11). Mittlerweile ist die Gesamtmenge menschengemachter, genauer: umgewandelter und dem natürlichen Lauf entnommener Dinge (Beton, Kies, Asphalt, Metalle, Kunststoffe) größer als die gesamte globale Biomasse, die man übrigens zugleich reduziert hat.¹⁰ Das gegenwärtig stattfindende, weltgeschichtlich sechste, nun durch menschliches Handeln verursachte Massenaussterben ist zum überwiegenden Teil (noch) nicht auf die Erderwärmung zurückzuführen, sondern auf den nach wie vor ungebändigten Zugriff auf alle Ressourcen dieser Welt, die sich verwerten lassen.



<https://www.jasonhickel.org/blog/2020/10/9/response-to-mcafee>

Regenerative Energien, vor allem Wind und Sonne, verbrauchen riesige Mengen an Land. Kein Wunder, schlagen doch fossile Brennstoffe regenerative Energien in Sachen Energiedichte und darüber hinaus in Sachen Speicherbarkeit und Transportierbarkeit um Längen. Wenn beispielsweise die USA ihren wünschenswerterweise endlich eingeschlagenen Weg eines Green New Deal umsetzen wollen und wie geplant den Umfang von Sonne und Wind bei der Stromerzeugung jedes Jahr um 10 Prozent

¹⁰ Weizman Institute of Science: The Mass of Human-Made Materials Now Equals the Planet's Biomass, 9.12.2020, <https://wis-wander.weizmann.ac.il/environment/mass-human-made-materials-now-equals-planet%E2%80%99s-biomass>.

steigern wollen, dann benötigen sie dafür bis 2030 eine Fläche von der Größe South Dakotas.¹¹ Eine bloße „Umstellung“ der Energieversorgung auf erneuerbare Energien auf dem gegenwärtigen und auch noch weiter steigenden Niveau („Energiewende“) würde überdies den globalen materialen Fußabdruck massiv weiter nach oben treiben.¹² Um beispielsweise den Bedarf an Silber für Solarpanel zu decken, bedürfte es 130 weiterer Minen von der Größenordnung der in Mexico gelegenen Peñasquito Mine, die die fünftgrößte weltweit ist und deren Operation vielfältige Umweltbelastungen mit sich bringt.

Oder schauen wir auf die Stahlproduktion, die gemäß World Steel Association vor allem aufgrund der benötigten chemischen Prozesse allein für sagenhafte 7 bis 9 Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich ist. Sie hat sich seit 1970 weltweit in etwa verdreifacht, und zwar fast ausschließlich durch ein gigantisches Wachstum in China. Die Importe aus China ersetzen nicht etwa die deutsche Stahlproduktion, denn Thyssen und Co. produzieren seit 1995 praktisch gleich viel Stahl, allerdings mit rund halb so viel Beschäftigten. Nun soll an die Stelle von fossilen Brennstoffen „grüner“ Wasserstoff treten. Dafür würden allerdings mehr Windräder benötigt, als derzeit in Deutschland an Land oder auf hoher See für die Stromproduktion installiert sind, nämlich etwa 12.000. Darum setzt die „Wasserstoffstrategie“ der Bundesregierung auf den Import von „grünem“ Wasserstoff. Die immensen Flächen, die die Produktion benötigen würde, stehen in Konflikt mit der Nahrungsmittelproduktion, der Wasserversorgung und der ökologischen Integrität der jeweiligen Landschaften. Entsprechend warnt der Sachverständigenrat für Umweltfragen davor, dass durch die deutsche Strategie des Outsourcings regenerativer Energiegewinnung „ökologische und soziale Folgen der deutschen Strom- und Wasserstoffnutzung externalisiert werden“.¹³

Die bloße „Umstellung“ auf eine regenerative Energieversorgung ist offenbar ein extrem schwieriges Unterfangen. Unter marktökonomischen Gesichtspunkten „kostet“ sie verschiedenen Schätzungen zufolge zwischen 3 Prozent¹⁴ und 5 Prozent des BIP¹⁵. Diese Kosten haben an sich weder einen investiven Charakter (im Sinne eines finanziellen Return on Investment) noch einen konsumtiven Charakter (im Sinne privater Bedürfnisbefriedigung). Dabei müsste also Wirtschaftskraft von anderen Sektoren und Verwendungen abgezogen werden. Möglicherweise sind diese Kosten *des* BIP tatsächlich Kosten *an* BIP.

„Klimaneutralität“ statt Reduzierung des CO₂-Ausstoßes

Diese Schwierigkeiten und der unbedingte Wille, das Markt- und Akkumulationsregime aufrechtzuerhalten, haben zum Siegeszug des Konzepts „Klimaneutralität“ bzw. „Netto-Null“ geführt. „Netto“ bedeutet hier, dass der betreffende Akteur, das Unternehmen, der Staat usw. nicht seine Emissionen senkt, sondern seinen Ausstoß entweder durch Zukauf von (angeblichen) Reduktionen anderer Akteure „kompensiert“ oder durch die Bereitstellungen von „Senken“, insbesondere Wäldern, die CO₂ binden, „neutralisiert“. Zugespitzt formuliert: Wir dürfen weiter SUV fahren, wenn wir dafür ein paar Bäumchen pflanzen, weshalb CDU-Politiker sich gerne als „Baumbotschafter“ betätigen. Es müssten allerdings ziemlich viele Bäume sein.

¹¹ Merrill, Dave: The U.S. Will Need a Lot of Land for a Zero-Carbon Economy, 3. Juni 2021, <https://www.bloomberg.com/graphics/2021-energy-land-use-economy/>.

¹² Hickel, Jason: Less is More. How Degrowth Will Save the World, London 2020, S. 141 ff.

¹³ SRU: Wasserstoff im Klimaschutz: Klasse statt Masse, Juni 2021, https://www.umweltrat.de/Shared-Docs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2020_2024/2021_06_stellungnahme_wasserstoff_im_klimaschutz.html.

¹⁴ Wuppertal Institut: CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze, 2. korr. Aufl. 2020, S. 33.

¹⁵ Day, John W./ u.a.: The Energy Pillars of Society: Perverse Interactions of Human Resource Use, the Economy, and Environmental Degradation, in: BioPhysical Economics and Resource Quality, Februar 2018, S. 8.

Die Berechnungen des Weltklimarates IPCC, die für das Pariser Klimaschutzabkommen die Grundlage bildeten, beruhen auf so genannten Negativemissionstechnologien, insbesondere BECCS, die bloße Spekulation sind (Hickel 2020, S. 130 ff). Ihr Sinn besteht darin, die politischen Entscheidungsträger von gravierenderen Reduktionsmaßnahmen zu entbinden, nämlich effektiv nicht bereits 2035, sondern erst 2050 keine Treibhausgase mehr in die Luft zu blasen. Durch Bepflanzung und Bewirtschaftung von (freien?) Flächen sollen nicht nur CO₂-absorbierende Senken geschaffen werden, sondern es soll auch Bioenergie gewonnen werden; bei der Gewinnung der Energie (Verbrennung von Pellets oder Herstellung von Biosprit) soll das CO₂ abgespalten und sodann im Erdinneren endgelagert werden. Dass dies eine von vorn herein abwegige Option ist, zeigt sich bereits daran, dass man hierfür Flächen in einer Größenordnung benötigte, die zweieinhalb Mal Indien umfassen würde.¹⁶ Andere Studien gehen davon aus, dass eine künstliche Kohlenstoffsénke zu bewirtschaften wäre, die größer wäre als die gesamte Landsénke dieser Welt.¹⁷ Dies würde zu einer gravierenden Verknappung von Agrarland führen mit der Folge von höheren Lebensmittelpreisen und Hungerkrisen. Und da dies Monokulturen wären, die überdies über Jahrhunderte zu bewirtschaften wären, würde auch die Biodiversität weiter geschädigt. Eine Gruppe von an britischen Universitäten forschenden Ingenieuren stellt daher zusammenfassend fest, dass die bestehenden Pläne für BECCS „aufgrund des Mangels an Biomasse völlig unplausibel sind und nicht ernsthaft in Betracht gezogen werden sollten“.¹⁸

Währenddessen empfiehlt die Internationale Energieagentur in einer aufsehenerregenden Studie, in der sie sich gegen die Ausbeutung bislang unerschlossener Lagerstätten fossiler Brennstoffe ausspricht, den massiven Ausbau der Technologie der Abscheidung und der Speicherung von CO₂ aus der Verbrennung weiterhin zu bergender fossiler Energieträger (CCS).¹⁹ Die Landnutzung für Bioenergien soll begrenzt bleiben, um Biodiversität und Nahrungsmittelversorgung nicht zu gefährden. Gleichwohl würde bis 2050 eine Fläche der Größe Indiens und Pakistans benötigt.²⁰ Die Analysten von J.P. Morgan geben zu bedenken, dass der Ausbau von CCS nur schon für 15 Prozent des derzeitigen US-amerikanischen Treibhausgasausstoßes eine Infrastruktur benötigte, die höhere Kapazitäten zu bewältigen hätte als die derzeitige Ölversorgungsinfrastruktur, die in mehr als 100 Jahren aufgebaut wurde (Cembalest 2021, S. 22). Die IEA glaubt (2021, S. 81), für den „klimaneutralen“ Umbau des als fraglos gegeben angenommenen Wachstumsregimes bei einer weiteren, wenn auch sinkenden Nutzung fossiler Energien seien lediglich Aufwendungen in Höhe von jährlich 2,5 bis 4,5 Prozent des Welt-BIPs erforderlich. Dies wäre bezogen auf die USA acht Mal mehr als der Plan Bidens, der lediglich 0,5 Prozent des US-BIPs für die Klimaneutralität der USA vorsieht.²¹

Wie ein Herunterfahren gelingen könnte

Die marktgläubige „Technologieoffenheit“, die auf ein Wunder hofft, ist ein Holzweg, weil die Welt die dazu nötigen Ressourcen einfach nicht mehr hergibt, jedenfalls nicht in einer ökologisch nachhaltigen und verteilungs- und lastengerechten Weise. Wir leben nicht mehr in einer „leeren Welt“, die „reichlich Platz und Ressourcen für die unbegrenzte Zukunft“ bereithält, sondern in einer „vollen Welt“, die „die Grenzen der Natur auf lokaler, regionaler und planetarischer Ebene“ überschreitet

¹⁶ Brack, Duncan/King, Richard: Managing Land-based CDR: BECCS, Forests and Carbon Sequestration, in: Global Policy, 21/S1, April 2021, S. 45-56.

¹⁷ Lenzi, Dominic/u.a.: Weigh the ethics of plans to mop up carbon dioxide, in: Nature, 20.9.2018, S. 303-305, hier S. 304.

¹⁸ UK FIRES: Absolute Zero, November 2019, S. 33, www.ukfires.org/wp-content/uploads/2019/11/Absolute-Zero-online.pdf.

¹⁹ IEA: Net Zero by 2050. A Roadmap for the Global Energy Sector, Paris 2021, <https://www.iea.org/events/net-zero-by-2050-a-roadmap-for-the-global-energy-system>.

²⁰ Simon, Frédéric: IEA criticised over growing share of bioenergy in net-zero scenario, 18.5.2021, <https://www.euractiv.com/section/climate-environment/news/iea-criticised-over-growing-share-of-bioenergy-in-net-zero-scenario/>

²¹ Wallace-Wells, David: Is 1.5 Degrees Still Possible?, 21.5.2021, <https://nymag.com/intelligencer/2021/05/is-1-5-degrees-still-possible.html>.

bzw. bereits überschritten hat.²² Abgesehen davon benötigen „bahnbrechende Technologien“ Jahrzehnte bis zur Etablierung, „und dafür fehlt uns schlicht die Zeit“ (UK FIRES 2019, S. 32).

Da die Option einer schlichten Ersetzung fossiler Brennstoffe durch andere Ressourcen nicht zur Verfügung steht und die Option einer dematerialisierten Dienstleistungswirtschaft von vorn herein auf Schrumpfung des BIP hinauslief, verbleibt zur Rettung der menschlichen Zivilisation nur der Weg eines kontrollierten Herunterfahrens der Wirtschaft. Dies ist auch das Ergebnis von Helge Peukerts „ergebnisoffenem“ Durchgang durch diverse nationale wie internationale „Bürokratiemonster“ der vorherrschenden (und gescheiterten) Klimapolitik, die sich seit Kyoto im Wesentlichen auf den Emissionshandel stützt: „Der Erhalt der bestehenden Ökosphäre wird nur mit einer Postwachstumsökonomie funktionieren... Ohne ökonomische Kontraktion (degrowth), die heute tabu ist, geht es nicht.“²³ Und auch die Europäische Umweltagentur, die die EU-Kommission beraten soll, hält eine absolute Entkopplung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch für „unwahrscheinlich“, woraus sich die Notwendigkeit einer „grundlegenden Transformationen hin zu einer anderen Art von Wirtschaft und Gesellschaft“ ergebe.²⁴ Die EU-Kommission dürfte gestaunt haben und versucht sein, das an sich nötige politische Erdbeben auszusitzen.

Wir müssten also genau das tun, was die vorherrschende Politik praktisch aller Strömungen unbedingt vermeiden will, nämlich „die Wirtschaft abwürgen“.²⁵ Aber natürlich würde man nicht abschätzig von „Abwürgen“ sprechen (was auf einen legitimen Anspruch verweist, wessen eigentlich?), sondern von einem Herunterfahren, welches angesichts der breitenwirksam festzustellenden Wachstumsmüdigkeit auch im elementaren Sinne ökonomisch angezeigt ist. Es findet sich in der Bevölkerung kaum jemand, der meint, „Deutschland“ müsse „wohlhabender“ werden.²⁶

Das Herunterfahren der Wirtschaft ist kein Selbstzweck. An und für sich ist eine wachsende Güterfülle eine wunderbare, emanzipatorische Sache. Aber man kann sie eben nicht nur für sich betrachten. Angetrieben oder, je nachdem, erzwungen, wird die Wachstumsmaschinerie erstens von der systemischen Macht des Wettbewerbs, der das gesamte Leben seiner ökonomisierenden Dynamik unterwirft.²⁷ Und da sie unvermeidlich an den Ressourcenverbrauch gekettet ist, worauf die ökologische Ökonomik seit Jahrzehnten hinweist (Hagens 2019), stößt diese Maschinerie zweitens irgendwann an Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit. Dies macht sich darin bemerkbar, dass sich jedenfalls für die Weltwirtschaft bislang noch nicht einmal eine nennenswerte relative, geschweige denn eine an sich notwendige absolute Entkopplung der Wirtschaftsleistung vom Ressourcenverbrauch im Allgemeinen und vom Verbrauch fossiler Brennstoffe im Besonderen feststellen lässt.

Verringerung von Wachstumswängen durch Vermögensabbau

Wenn die Wachstumsmaschinerie tatsächlich angehalten werden soll, müsste der ewige Kreislauf von „Schöpfung“ und „Zerstörung“ durchbrochen werden. Die einen steigern ihre Gewinne, schaffen dabei möglicherweise Arbeitsplätze, und setzen dadurch andere unter Druck und erzeugen für diese

²² Daly, Herman: Economics for a Full World, Juni 2015, <http://www.greattransition.org/publication/economics-for-a-full-world>.

²³ Peukert, Helge: Klimaneutralität jetzt! Politiken der Klimaneutralität auf dem Prüfstand, Marburg 2021, S. 70, 471, 473.

²⁴ European Environment Agency: Growth without economic growth, 11.1.2021, <https://www.eea.europa.eu/publications/growth-without-economic-growth>.

²⁵ So eine Formulierung von Umweltministerin Svenja Schulze im Deutschlandfunk am 3.5.2021.

²⁶ More in Common: Vertrauen, Demokratie, Zusammenhalt: wie unterschiedlich Menschen in Deutschland die Corona-Pandemie erleben, 2020, S. 38, https://www.moreincommon.de/media/a1hjp1zz/more-in-common_studie-corona-zusammenhalt.pdf.

²⁷ Thielemann, Ulrich: Wettbewerb als Gerechtigkeitskonzept. Kritik des Neoliberalismus, Marburg 2010, S. 329-369.

„künstliche Knappheit“ (Jason Hickel), was sich in Einkommensverlusten und Arbeitslosigkeit bemerkbar macht. Die Betroffenen und ihre wettbewerbstheoretisch unaufgeklärten, angeblichen Advokaten rufen dann ihrerseits danach, dass Arbeitsplätze zu schaffen seien und die Wirtschaft wieder „anzukurbeln“ sei, wodurch nach erfolgreicher „Schöpfung“ wiederum für andere Knappheit erzeugt wird, da die Einkommenssteigerung der einen genau darin besteht, Kaufkraft von den Verlierern zu den Gewinnern des Wettbewerbs umzuleiten. Aufs Ganze gesehen können die Verlierer, die zum Aufspüren neuer Einkommensmöglichkeiten gezwungen werden, nicht umhin, weitere Ressourcen in den Horizont menschlicher Verfügungsgewalt zu holen. Darin besteht der extraktivistische Charakter der wettbewerbsgetriebenen Wachstumsmaschinerie, die in sich nicht „nachhaltig“ ist und nicht sein kann.

Ursachengerecht wäre daher zum einen, das Überschussparadox reifer, gesättigter Volkswirtschaften anzugehen. Dieses besteht darin, dass im Maße, in dem diese Volkswirtschaften aufs Ganze gesehen konsumtiv gesättigter werden, die Vermögensbestände in Relation zum BIP steigen (Pikettys income-to-capital-ratio), obwohl doch das Wachstum an sich gar nicht mehr investiv „angekurbelt“ werden müsste. Die massiv angewachsenen Vermögensbestände sind nämlich nicht nur auf spekulative Höherbewertungen, sondern auch auf eine gewachsene Sparneigung der Bezieher hoher Einkommen zurückzuführen,²⁸ die diese kaum mehr vollständig konsumieren „können“ bzw. wollen. Damit steht mehr „dry powder“ zur Verfügung, also zur realwirtschaftlichen Investition (oder auch zur Finanzspekulation) einsetzbare liquide Mittel. Wenn man diese abbaut, sei es durch Besteuerung oder durch Schuldenschnitte, würde sich die initiale Kraft zur Verschärfung des Wettbewerbs als Prozess „schöpferischer Zerstörung“ (Schumpeter) bzw. „zerstörerischer Schöpfung“ (Alt Vater) verlangsamen und damit der Zwang für die Wettbewerbsverlierer verringern, auf immer weitere Ressourcen zugreifen zu müssen, nur schon um das bisherige Einkommen möglichst zu halten.

Allerdings weiß man nicht genau, ob das in dieser Weise abgebaute Kapital initial, und insofern ohne Not, der Schöpfung neuer Einkommensströme bzw. der Steigerung ohnehin bereits reichlich fließender Gewinne dient, womit unvermeidlich Wachstumszwänge für andere, die schwächeren Konkurrenten nämlich, geschaffen werden, oder ob es sozusagen der Reparatur zuvor bereits zerstörter Einkommenspositionen gedient hätte. Dieser Zusammenhang ist es ja, der dem, verharmlosend als „angebotsorientiert“ apostrophierten Argument der Notwendigkeit der „Hofierung des Kapitals“ (Hans-Werner Sinn) überhaupt erst seine politische Plausibilität verschafft. Es „müssen“ halt Arbeitsplätze geschaffen werden – weil sie, was praktisch nie erwähnt wird, zuvor zerstört wurden, und zwar just durch den realwirtschaftlichen Einsatz von Kapital, oder auch schon nur: weil sie, wenn wir nicht bereits vorausschauend in „die Wettbewerbsfähigkeit“ bestehender Einkommenspositionen investieren, bald vom Wettbewerb weggefegt werden. Festzuhalten bleibt immerhin, dass ein Abbau von ohnehin zumindest teilweise vollständig disproportionalen Vermögenspositionen – man denke an die wachsende Zahl der Milliardäre dieser Welt – Druck aus dem wettbewerblichen Kessel nehmen würde.

Gewährung sozialer Sicherheit – Das Beispiel Flugverkehr

Druck aus dem Kessel würde auch genommen, wenn diejenigen, deren Einkommensposition durch den Wettbewerb zerstört werden, „soziale Sicherheit“ gewährt würde, so dass sie sich nicht genötigt sähen, ihrerseits neue (ressourcenzehrende) Einkommensmöglichkeiten zu erschließen, sei es als abhängig Beschäftigte oder als Selbstständige. Was dies bedeuten könnte, lässt sich an Maßnahmen vom Kaliber verdeutlichen, welches hier und jetzt eigentlich nötig wäre, um die sich abzeichnende Klimakatastrophe doch noch irgendwie abzuwenden.

Dazu zählt beispielsweise der rasche Rückbau des Flugverkehrs, der die schlechteste Umweltbilanz aller Verkehrsmittel aufweist, mit gut 4 Prozent jährlich, also stark exponentiell, wächst, je nach

²⁸ Alvarado Facundo/u.a.: Die weltweite Ungleichheit, München 2018, S. 248.

Schätzung zwischen 3,5 Prozent und 5 Prozent zur Erderwärmung beiträgt, aber bislang, wie die Schifffahrt, von allen internationalen Klimavereinbarungen ausgenommen ist, was offenbar am „systemsprengenden Potential“ einer an sich notwendigen „drastischen Begrenzung“ (Peukert 2021, S. 213) liegt. Ohne Flugverkehr würde es schwierig mit den globalen „Wertschöpfungsketten“.

„Die Verpflichtung der Luftfahrtbranche zum Netto-Null-Flugverkehr bis 2050 ist in Wirklichkeit eine Verpflichtung zum Null-Flugverkehr“, so der in Cambridge forschende Professor für Technik und Umwelt, Julian Allwood.²⁹ Elektrisch betriebene Flugzeuge seien auf absehbare Zeit zu schwer, „grüner Wasserstoff“ scheitert am Platzmangel bzw. an der Flächenkonkurrenz und Negativemissionstechnologien wie CCS stehen nicht zur Verfügung.

Wenn der Flugverkehr, wie von Allwood vorgeschlagen, in 10 Jahren halbiert und bis 2050 ganz eingestellt würde, verlören die dort und in der Zulieferindustrie (Boeing, Airbus usw.) Beschäftigten ihre Einkommensquelle und auch diejenigen, bei denen sie ihr Einkommen bislang ausgaben, würden ärmer, was Ökonomen negative Multiplikatoreffekte nennen. Der Branchenverband BDL veranschlagt den Umfang der in und durch den Luftverkehr in Deutschland Beschäftigten auf fast eine Million. Dieser Personenkreis sähe sich dann gezwungen, entweder ins wertschöpfungsschwache (und ressourcenschonende) Dienstleistungsproletariat abzusteigen oder eine Beschäftigung in oder für den Industriebereich anzunehmen, was den im Wesentlichen mit fossilen Energien angetriebenen Ressourcenverzehr erhöhen würde bzw. die durch die Reduzierung des Flugverkehrs erzielten Erfolge in Sachen Treibhausgasreduktion zumindest vermindern würde. Genau so funktioniert ja die „schöpferische Zerstörung“, nur dass diesmal der Auslöser nicht das „bessere Angebot“ wäre, sondern die sei es ordnungsrechtlich oder „marktkonform“ (Preissetzungen qua CO₂-Steuer oder Mengenbeschränkungen) agierende Politik.

Die Alternative wäre die Gewährung „sozialer Sicherheit“, beispielsweise durch ein Grundeinkommen oder die Wiedereinführung der sog. „Arbeitslosenhilfe“, die bis zu ihrer Abschaffung durch Hartz IV den Betroffenen lebenslang ein Transfereinkommen von rund der Hälfte ihrer letzten Nettobezüge garantierte. Allerdings säne durch die den Ressourcenverzehr und die Treibhausgasemission reduzierenden Maßnahmen zugleich die (um-)verteilungsfähige Masse. Eine Alternative wiederum dazu wäre die öffentliche Beschäftigungsoption als Angebot insbesondere an die von der klimapolitisch notwendigen „Schließung ganzer Industriezweige“ Betroffenen, sich am Aufbau der klimapolitisch notwendigen öffentlichen Infrastruktur in Energieversorgung, Verkehr, Renaturierung usw. zu beteiligen (Peukert 2021, S. 474 f.), was bekanntlich ein Kernelement eines „Green New Deal“ ist. Dieser würde soziale Sicherheit gewähren, allerdings, zumindest ab der Mittelschicht aufwärts, auf einem tieferen realökonomischen Wohlstandsniveau als dem heutigen.

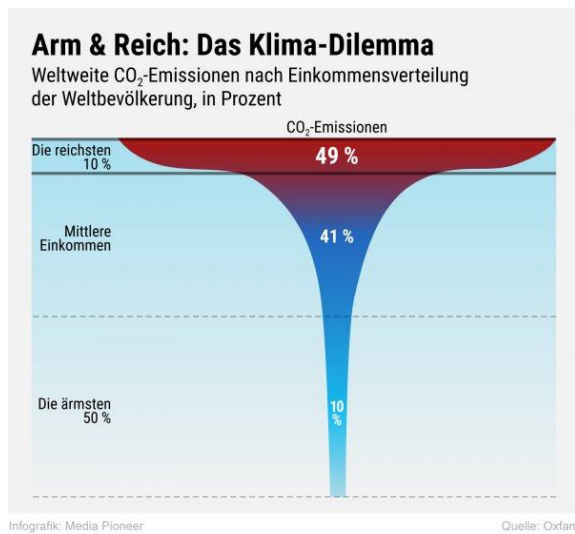
Was die Finanzierung anbelangt, so setzt der hydraulische Keynesianismus aufs Geld drücken (MMT). Dies kann allerdings nur kurzfristig Erleichterung verschaffen, da Geld ein Zirkulationsmedium ist. Nun aber sollen ja durchaus erhebliche Anteile des BIPs in den ökologischen Umbau fließen. Wenn dieser Umbau in der Größenordnung von sagen wir 5 Prozent des BIP jedes Jahr erneut durch „Schenkgeld“ (Peukert 2021, S. 476) finanziert würde, dürfte dies dann doch ziemlich bald zu Inflation führen. Diese soll, so Peukert, durch Reichenbesteuerung wieder eingefangen werden.

Fiskalpolitischer Abbau des Überkonsums

Substantiell Beiträge müsste also letzte diese leisten. Und dies ist ja auch klimapolitisch der richtige Ansatzpunkt. Dies zeigt sich beim Blick auf den Konsum als dem „Endverbrauch“, auf den sich ja das Wirtschaften letztlich herunterbrechen lässt. So stößt das einkommensstärkste eine Prozent der Weltbevölkerung durch seinen Konsum nach Schätzungen von Oxfam mehr als doppelt so viel CO₂ aus wie die gesamte ärmere Hälfte der lebenden Menschheit, verbraucht also pro Kopf 107 Mal so

²⁹ Allwood, Julian: The only way to hit net zero by 2050 is to stop flying, Financial Times, 7.2.2020.

viel wie diese.³⁰ Diese ärmere Hälfte verbleibt übrigens mit ihrem Konsum innerhalb der planetaren Grenzen.³¹ Die obersten 10 Prozent belasten das Weltklima pro Kopf „nur“ 37 Mal stärker als die untere Hälfte.



Bei diesen dürfte es sich in etwa um die Hälfte der Bevölkerung der reichen OECD-Staaten handeln, die 18 Prozent der Weltbevölkerung stellt, so dass aus westlicher Sicht darunter durchaus Mittelschichtsbürger fallen. Um klimapolitisch innerhalb der planetaren Grenzen zu verbleiben und die Auslösung der Kippunkte (Permafrostböden, der Golfstrom, die Eisschilde usw.) vielleicht doch noch zu vermeiden, müsste laut Oxfam die ärmere Hälfte der EU-Bevölkerung ihre auf den Konsum berechnete CO₂-Emissionen um die Hälfte senken, die obersten 10 Prozent um den Faktor 10. Soweit es keine Entkopplung gibt, wäre dies eine Einschränkung des realen Konsums um 90 bzw. 50 Prozent.³²

Eine stark progressive Besteuerung könnte dafür sorgen, dass diese Mittel für den „Überkonsum“³³ nicht mehr zur Verfügung stehen. Dieser wird durch den Einsatz fossiler Energien überhaupt erst ermöglicht und sprengt die planetaren Grenzen. Die Zugriffsrechte qua Zahlungsfähigkeit auf den globalen Ressourcentopf, der der Menschheit gemeinsam gehört, würde beschränkt und damit die unverhältnismäßige Beanspruchung von Emissionsrechten. (Allerdings sähen auch die Verkäufer dieser Ressourcen und der mit ihrer Hilfe erzeugten Produkte ihr Einkommen geschmälert.) Dies würde auch den Statuswettbewerb, in den die kapitalistische Maschinerie die Menschheit versetzt, verringern und deutlich machen, dass alle ihren proportionalen Beitrag zur Menschheitsaufgabe der Abwehr des kollektiven Untergangs beisteuern.

Die dadurch freiwerdenden Finanzmittel dürften allerdings nicht oder allenfalls in geringem Maße an die Armen dieser Welt umverteilt werden, wie dies etwa Jason Hickel (2020, S. 188 f., 193) mit für sich betrachtet gut begründeten Gerechtigkeitsargumenten fordert. Denn sonst würde der Überkonsum der Reichen nur breiter gestreut, aber nicht beseitigt. Mit Blick auf die Armen ging es vielmehr

³⁰ Oxfam: Confronting Carbon Inequality, 21.9.2020, <https://webassets.oxfamamerica.org/media/documents/Confronting-Carbon-Inequality.pdf>.

³¹ UNEP: Emissions Gap Report 2020, S. 25.

³² Oxfam: Confronting Carbon Inequality in the European Union, 8.12.2020, S. 1, https://www.oxfam.de/system/files/documents/media_brief_-_english_-_confronting_carbon_inequality_in_the_eu_-_embar-goed_00_01_cet_8_december.pdf

³³ Wiedmann, Thomas/u.a.: Scientists' warning on affluence, Nature Communications volume 11, Article number 3107, 19.6.2020, <https://www.nature.com/articles/s41467-020-16941-y#auth-4>.

vor allem darum, deren Situation nicht weiter durch Extraktivismus bzw. durch Zerstörung von Commons³⁴ als der fortgesetzten Form der „sogenannten ursprünglichen Akkumulation“ (Karl Marx) einerseits, wettbewerbliche Zerstörung, die Knappheiten überhaupt erst schafft, andererseits zu verschlechtern. So würde auch das „Recht, nicht gehen zu müssen“,³⁵ gestärkt. Vielmehr müssten die frei werden Mittel für den Aufbau einer ökologischen Infrastruktur im Sinne eines (nicht auf Wachstum ausgerichteten) Green New Deal eingesetzt werden, für Leistungen also, für die niemand privat zahlen möchte, da es sich um öffentliche Güter handelt, die also mit öffentlichen (Steuer-)Mitteln zu finanzieren sind.

Leave it in the ground

Die klimapolitisch effektivste und letztlich zwingende Maßnahme besteht darin, die bislang noch nicht geborgenen Vorräte an fossilen Brennstoffen (Öl, Gas, Kohle) im Boden zu lassen. Zwingend ist dies, weil sonst Rebound-Effekte greifen: denjenigen, die beim Einschränken nicht mitmachen, stünden diese Reserven nur umso billiger zur Verfügung. Diese Reserven dürfen, wenn der Klimakollaps vermieden werden soll, einfach nicht mehr oder allenfalls in einer sehr kurzen Übergangsfrist in geringem Umfang aus dem Boden geholt und verfeuert werden.

Wie dies zu bewerkstelligen wäre, ist freilich unklar. Eine Möglichkeit bestünde darin, dass die großen Abnehmerländer sich zu einer Art „Post-Kyoto-Superkartell“ zusammenschließen, in dem sie den Förderländern glaubhaft versichern, alsbald überhaupt keine fossilen Brennstoffe mehr abzunehmen und für eine kurze Übergangszeit sehr hohe Preise zu zahlen bereit sind (Peukert 2021, S. 465, 472). Möglicherweise könnte dieser ultimative Cap auch eine Vertriebsstufe weiter, nämlich bei den Erdölförderunternehmen ansetzen, indem Gerichte den Gehalten der Lippenbekenntnisse der etablierten Politik, die diese ja nun auch in Gesetze und Verfassungstexte gegossen hat, Rechtskraft verleihen. So geschehen kürzlich im Aufsehen erregenden Urteil eines niederländischen Gerichts gegen Royal Dutch Shell, das dem Unternehmen vorschreibt, bis 2030 seinen Treibhausgasausstoß gegenüber 2019 um 45 Prozent zu senken, und zwar auch bezüglich der Endnutzer. Weitere ähnliche Klagen sind hängig.³⁶ Um Rebound-Effekte zu vermeiden, müssten allerdings auch die nicht im „Westen“, der eine stärkere Grundrechtstradition aufweist, beheimateten Mineralölgesellschaften, wie etwa Saudi Aramco, in aussichtsreicher Weise mit einer Klagewelle überzogen werden, was unwahrscheinlich ist. Gleiches gilt für den gigantischen chinesischen Steinkohlebergbau, der knapp die Hälfte der weltweiten Kohleförderung betreibt. Offenbar mit dem Ziel, die Stellung als Exportweltmeister dauerhaft halten zu können und zugleich den Binnenkonsum auf Augenhöhe mit dem Westen zu bringen. Mit Blick auf das Überleben der Menschheit ist dies eine Kamikazestrategie, von der die deutsche Exportwirtschaft übrigens ganz erheblich profitiert.

Die Welt brennt

Die Welt brennt. Aber wir merken es erst in singulären Ansätzen. Und wenn wir es dereinst merken und sich Hitzeglocken und Überschwemmungen die Hand reichen, wird es bereits zu spät gewesen sein. Die an sich anzugehende „sofortige Ökoauferkeit“ (Peukert 2021, S. 423), die uns vielleicht noch die Chance gäbe, das Auslösen der Kippunkte, die ein unaufhaltsames, weil sich eigendynamisch selbst verstärkendes Abdriften in eine neue Heißezeit heraufbeschwören und das Ende der Bewohnbarkeit des blauen Planeten bedeuten würden, abzuwenden, würde allem widersprechen, was seit der neoliberalen Wende, jedenfalls in der breiteren öffentlichen Debatte, zum Fundus seriösen Meinens zählt: Die Orientierung an „Wettbewerbsfähigkeit“, nicht nur von Unternehmen, sondern

³⁴ Exemplarisch erhellend Metcalf, Peter: The poverty of 'economic growth', 10.6.2021, <https://www.aljazeera.com/opinions/2021/6/10/the-poverty-of-economic>

³⁵ Buckel, Sonja/Kopp, Judith: Das Recht, nicht gehen zu müssen, 7.6.2021, <https://awblog.at/das-recht-nicht-gehen-zu-muessen/>

³⁶ <https://www.leave-it-in-the-ground.org/projects/climate-litigation/>.

auch, nach unten erweitert, von Individuen und nach oben erweitert von Staaten und ganzen Staategemeinschaften wie der EU; und natürlich am „Wachstum“. Wobei im tagespolitischen Diskurs damit nicht Wachstum im eigentlichen, also volks- bzw. weltwirtschaftlichen Sinne gemeint ist, sondern die Einkommenssteigerung und der „Gewinn“ bzw. der Leistungsbilanzüberschuss der einen, nämlich von Einheiten, die auf dem eigenen Territorium domiziliert sind, auf Kosten anderer. Dadurch allerdings wird Druck auf die im Ausland domizilierten Wettbewerbsverlierer ausgeübt, was dann, so sie ihm genügen, zu tatsächlichem, makroökonomischem Wachstum führt. Und irgendwann die Welt in den Abgrund.

Naomi Klein hat ganz Recht: „This changes everything.“³⁷ Die Klimafrage *müsste* eigentlich alles ändern und zur Ablösung der Herrschaft des Marktregimes führen. Hin zu einem Regime, in dem Märkte nur noch eine untergeordnete Rolle spielen, jedenfalls nicht die hegemoniale. Dazu allerdings liegt der Boden nicht bereit. Systempolitiker wie Wolfgang Schäuble meinen allen Ernstes, „wir“ hätten „doch größere Probleme [als den Klimawandel] auch schon bewältigt“,³⁸ und dokumentieren damit nur ihre vollständige Ahnungslosigkeit über die Wucht des Paradigmenwechsels, der eigentlich anstünde. „Wir“, fügt Schäuble an, müssten „es jetzt“ allerdings „ernster nehmen“ und das, „was wir jetzt schon seit Jahrzehnten wissen, wirklich umsetzen“.

Aber warum haben Politiker wie Schäuble, die seit Jahrzehnten an den Schaltstellen der Macht sitzen, „es“ nicht bereits vor 30 Jahren umgesetzt, als dazu noch die Zeit bestand? Sehenden Auges hat das herrschende Meinungsregime die Menschheit an den Rand der Apokalypse geschickt und nicht verhindert, dass die Art und Weise, wie wir wirtschaften, das Holozän höchstwahrscheinlich zerstört. (Das Holozän hat mit seinen mittleren und stabilen Temperaturen die menschliche Zivilisation, wie wir sie kennen, überhaupt erst ermöglicht.) Stattdessen hat man sich dem „Marktgehorsam“ (Oswald von Nell-Breuning) willfährig hingegeben und, ganz dem ordoliberalen Programm folgend, dafür gesorgt, dass „alle Gesellschaftsmitglieder“ dem „Lenkungsmechanismus“ des globalisierten Wettbewerbs „unterworfen“ sind.³⁹ Dieser wirkt allerdings „parteilich“ (Peter Ulrich), nämlich zugunsten der Inhaber von Nettovermögenspositionen und der Lebensunternehmer – und zulasten der ökologischen und klimatischen Integrität der Erde.

Ob das Ruder doch noch sozusagen in letzter Sekunde herumgeworfen werden kann, ist fraglich. Dies hängt einerseits davon ab, ob wir endlich „in Panik geraten“ (Greta Thunberg). Mit Medienverantwortlichen wie dem Noch-Intendanten des ZDF, Thomas Bellut, ist dies kaum zu erwarten. Dieser tat kürzlich in gelöster Stimmung und dezidiert kund, „Klima“ sei ein „Thema“ neben vielen anderen, „sich ständig ändernden Themen“, und ein von Klimaaktivisten gefordertes Format „Klima vor acht“ sei eine „politische“ Einmischung, im Unterschied zum Format „Börse vor acht“, das nur „informiere“.⁴⁰ In einigen Jahrzehnten wird der Sender, so er noch existieren kann, dann eben über Dürren, Hungersnöte, Überschwemmungen, Migrationsströme und vieles Elend mehr, das ein außer Rand und Band geratenes Klima erzeugten wird, „informieren“. Andererseits hängt dies davon, ob polit-ökonomische Programme zur Verfügung stehen, die das Herunterfahren der Wirtschaft wirksam und gerecht gestalten und dabei vor allem die negativen Multiplikatoreffekte handhabbar machen. Klar ist jedenfalls: Ein „Ankurbeln der Wirtschaft“ darf es nicht mehr geben. Ebenso wenig eine Kreditfinanzierung des Aufbaus der dringend benötigten ökologischen Infrastruktur, die im Unterschied zu einer Steuerfinanzierung weitere Wachstumszwänge schaffen würde. Dieses Wachstum *müsste* es auch nicht mehr geben, wenn keine Wettbewerbsverlierer mehr erzeugt würden.

³⁷ Klein, Naomi: This Changes Everything: Capitalism vs. the Climate, New York 2014.

³⁸ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article231438675/>, 28.5.2021.

³⁹ Böhm, Franz: Privatrechtsgesellschaft und Marktwirtschaft, in: Ordo, Jg. 17, 1966, S. 74-151, hier S. 74.

⁴⁰ <https://www.youtube.com/watch?v=5-PRht58b3g>, ab Min. 49:23.